

Das Wartburgfest und die SED

Gedenktage sind beliebte Anlässe, im Rückgriff auf die Vergangenheit die Zukunft zu beschwören. Die DDR hatte 1967 gleich drei Gelegenheiten, historischen Marksteinen Perspektiven für die Zukunftsbewältigung abzugewinnen: Vor 450 Jahren schlug *Martin Luther* seine Thesen gegen den Ablassmißbrauch an die Wittenberger Schloßkirche; vor 150 Jahren forderte die Studentenschaft auf der *Wartburg* von den deutschen Fürsten die Einigung Deutschlands und seine Abkehr vom Feudalismus; vor 50 Jahren gab Petersburg das Signal zum *Roten Oktober*: religiöse Emanzipation, Aufbruch zur politischen Befreiung und gesellschaftliche Revolution — drei Meilensteine auf dem Weg zur „Befreiung der Deutschen von jeglicher Sklaverei“. Einer dialektischen Geschichtsschreibung fällt es nicht allzu schwer, diesen Zusammenhang zu konstruieren und alle historischen Ereignisse und Tendenzen, die nicht ins Bild passen, in die Schuldspalten der Geschichtsbilanz zu verbannen.

Die DDR-Geschichtsschreibung sieht so zwei Entwicklungslinien in der deutschen Geschichte: Die erste beginne mit den Kämpfen der Bauernkriege, den Vertretern der bürgerlichen Aufklärung und des Atheismus und laufe über die Volkskämpfe des Befreiungskrieges, der bürgerlichen Opposition des Vormärz und über die Anfänge der revolutionären Arbeiterbewegung zu den Barrikaden von 1848 und münde „in den Kampf des Proletariats um den Sieg des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in Deutschland“. Die andere Geschichtslinie beginne mit dem Triumph der Fürsten im Bauernkrieg, führe über „den kleinstaatlichen Absolutismus mit Willkürherrschaft und kirchlicher Orthodoxie“, die *Metternich'sche* Reaktion mit der Heiligen Allianz im Rücken, das imperialistische Kaiserreich, den Faschismus und münde in die westdeutsche Bundesrepublik, die nach einer Restauration der imperialistischen Herrschaftsverhältnisse zu einer Politik der Expansion und der Revanche, vor allem gegen das Lager des sozialistischen Fortschritts, übergegangen ist¹⁾.

Wenn die DDR mit Hilfe der Luther-Feiern und des Wartburgfestes an die erste fortschrittliche Traditionslinie der deutschen Geschichte anknüpft, so hofft sie damit, „einen direkten Beitrag zur konstruktiven Friedenspolitik unseres Staates und der Festigung der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes“ zu leisten (*Joachim Mückenberger*). Dabei haben die Historiker die undankbare Aufgabe zu erfüllen, aus den komplexen historischen Ereignissen, denen im „Jahr der nationalen Jubiläen“ gedacht werden sollte, jeweils die „fortschrittlichen Elemente“ herauszudestillieren, ohne das Gleichgewicht der Geschichtsdeutung zu gefährden. Besonders deutlich wird die Schwierigkeit dieser Aufgabe beim Wartburgfest der deutschen Burschenschaft von 1817, „das an ver-

1) Günter Steiger, *Aufbruch, Urburschenschaft und Wartburgfest*, Leipzig-Jena-Berlin 1967, S. 10 u. 11.

wirrender Großzügigkeit" alles übertraf, „was seit *Rousseau* in der europäischen Politik erschienen war" (*Golo Mann*).

I

So liest man in einem zeitgenössischen Bericht: „Der 18. October brach an. Ein heiterer Herbstmorgen hatte die Nebel der Berge in silbernen Reif niedergeschlagen, und von den Strahlen der aufgehenden Sonne beleuchtet, glänzte die Wartburg, in seltener Klarheit aus dem Dunste der Berge emporsteigend und als heilige Stätte dieses Tages von jedem mit stillem Ernste begrüßt. — Um 6 Uhr verkündete das Geläute aller Glocken der Stadt den Anbruch des Festes. Ein zweites Geläute rief die Burschenschaft um 8 Uhr auf den Markt. . . . Der Zug ordnete sich allmählich, die Burschen, meist schwarz gekleidet, das Haupt mit Eichenlaub von den nahen Bergen festlich geschmückt, reihten sich paarweise; die Fahne der Jenaer Burschenschaft, . . . welche heute die Ehre genoß, alle Universitäten um sich zu versammeln, entfaltete sich als der leitende Mittelpunkt des Ganzen, und um 8 1/2 Uhr begann unter dem Geläute aller Glocken, unter festlich-feierlicher Musik, begleitet von den Einwohnern Eisenachs, der heilige Zug auf die Wartburg. Wohl gibt es Züge, die diesen an äußerem Glanz und Pracht übertreffen; an innerem, bedeutungsvollem Werte möchte er keinem nachstehen!²⁾“

Das Pathos des zeitgenössischen Berichterstatters des ersten Studententreffens auf der Wartburg bei Eisenach illustriert die Überzeugung der Teilnehmer, daß der 18. Oktober 1817 eine Wendemarke in der geistigen Geschichte Deutschlands setzen werde. 500 Studenten der protestantischen deutschen Universitäten und vier ihrer Professoren waren damals der Einladung des Sprechers der Jenaer Burschenschaft, *Robert Wesselhoft*, gefolgt, um bei der 300-Jahr-Feier der Reformation der religiösen Befreiung und am 4. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig der politischen Befreiung zu gedenken. Die napoleonische Fremdherrschaft hatte in Deutschland die Entstehung eines vagen Nationalgefühls begünstigt, das im gemeinsamen Kampf gegen den Tyrannen eine für die Fürsten überraschende Ausbreitung fand. In den Freiheitskriegen, die 1809 mit Aufständen in Spanien und Tirol begannen, hatten sich die deutschen Fürsten die Unterstützung ihrer Untertanen durch das Versprechen gesichert, das politische Leben zu reformieren und bindende Verfassungen zu schaffen.

Schon 1810 versicherte der Preußenkönig *Friedrich Wilhelm III.* in seinem Finanzedikt, „der Nation eine zweckmäßig eingerichtete Repräsentation sowohl in den Provinzen als für das Ganze geben“. Damit sollte der Anfang gemacht werden, den Traum nach einer deutschen Nation zu verwirklichen, den *Fichte*, *Ernst Moritz Arndt*, *Heinrich von Kleist* und *Theodor Körner* in leuchtenden Farben gemalt hatten. Der Traum und die fürstlichen Versprechen blieben jedoch unerfüllt. Anstelle des untergegangenen Monstrums „Heiliges Reich deutscher Nation“ etablierte der Friedenskongreß in Wien unter Leitung des Habsburger-Kanzlers *Metternich* in Form eines lockeren Föderativgebildes den „Deutschen Bund“. An den deutschen Hochschulen, die *Napoleon* „Nester voll glühender Kohlen“ genannt hatte, bereitete sich eine drückende Enttäuschung aus. In einem Flugblatt „Der Deutsche Bund wider das Deutsche Reich“ beklagt *Arndt*: „Du armes, treues deutsches Volk! Nicht ein Volk sollst du sein, nicht deutsch sollst du sprechen, denken, handeln, sondern österreichisch und preußisch, bayerisch und schwäbisch, sächsisch und hannoveranisch . . . statt eines Herrn hast du ein paar Dutzend. Wer aber einen Haufen gleicher Fürsten und einen Haufen verschiedener gültiger Gesetzbücher hat, wer also keinen Fürsten und kein Gesetzbuch hat, ist kein Volk³⁾“

2) Zit. bei: Dietrich Georg Kieser, Das Wartburgfest am 18. Oktober 1817. In seiner Entstehung, Ausführung und Folgen, nach Aktenstücken und Augenzeugnissen . . . Jena 1818, S. 22 ff.

3) Zit. nach: Klaus Wessel, Das Wartburgfest der Deutschen Burschenschaft am 18. Oktober 1817, hsg. von S. Asche, Eisenach 1954, S. 7.

Das deutsche Bürgertum konnte sich zwar an solchen nationalen Träumen begeistern, verstand sie jedoch als politische Utopie, durch die es sich nicht von seinem Alltagsgeschäft abhalten und aus seiner politischen Apathie aufwecken ließ. In jahrzehntelanger Bevormundung, mit dem Phänomen seiner Entstehung überreich beschäftigt und in den Kriegen ausgelaugt, hatte das Bürgertum noch kein politisches Bewußtsein entwickeln können.

Die Intelligenz, die sich an den Universitäten zu formieren begann, war nicht bereit, sich mit Appellen an politisches Wohlverhalten der allgemeinen politischen Passivität zu ergeben. Aus den Freiheitskriegen an die Hochschulen zurückgekehrt, begriff sie die Tendenzen zur Restauration der „guten alten Zeit“ am stärksten und war am wenigsten geneigt, sich ihnen zu beugen. „Das deutsche Volk hatte schöne Hoffnungen gefaßt — sie sind alle vereitelt“, formuliert der Theologiestudent *Heinrich Arminius Kiemann* auf dem Wartburgfest. Nur wenn die Jugend „eine eiserne Mauer gegen jegliche äußere und innere Feinde dieses Vaterlandes“ bilde, könne es gelingen, Deutschland als einheitlichen Staat mit einer gerechten Verfassungsordnung zu errichten. „Wer bluten darf für das Vaterland“, so charakterisiert der Dichter *Räder* auf dem Wartburgfest den Sinn des Treffens, „der darf auch davon reden, wie er ihm am besten diene im Frieden... Wir haben nicht zu hoffen auf die Tugenden der Väter... Uns ist alles gegeben. Wir geloben in dieser Stunde der Weihe, eines hoffenden Volkes Lehrer, Verwalter seiner heiligen Sache, Zeuge seiner Menschenwürde zu sein ... Vergessen wir nie, daß alle Wissenschaft dem Vaterland dienen soll und dem Leben der Menschheit⁴⁾“.

II

Die Entdeckung der politischen Verantwortung von Hochschule und Wissenschaft ist eines der wichtigsten Ergebnisse des Wartburgfestes. In den „Grundsätzen und Beschlüssen des Wartburgfestes“ setzen sich die Studenten die Maxime: „Vor allem wollen wir uns als Studierende eines ernsten und besonnenen Lebens befleißigen und der Wissenschaft treu und redlich dienen. Aber der müßigen Gelehrsamkeit, die keine Tatkraft hat... wollen wir nicht fröhnen. Mit besonderem Eifer wollen wir alle diejenigen Wissenschaften studieren, die den Geist über das Volk und das Vaterland und alle öffentlichen Verhältnisse aufklären: Moral, Politik und Geschichte.“

Durch diesen Katalog der „öffentlichen Disziplinen“ wird schon damals ein Zusammenhang zwischen politischem Avantgardismus und der Wahl bestimmter Studienfächer hergestellt. Die Angriffe auf die sich im Elfenbeinturm verschanzende Wissenschaft waren für das damalige Deutschland unerhört. Die Fürsten begriffen ihre Universitäten als „Pflanzstätten“ getreuer Staatschener und reglementierten deren Aufzucht mit einer Fülle von Direktiven. So war in Preußen und im Habsburger Reich jeder Zusammenschluß von Universitäten über die Landesgrenzen hinaus untersagt, an den kleineren Hochschulen Süd- und Westdeutschlands war die Studentenschaft in landsmannschaftliche Gruppen aufgeteilt. Nur im mitteldeutschen Thüringen war die Situation anders. Die dort bestehenden „Staaten“ waren so klein, daß sie sich eine Landeshochschule ausschließlich für den Eigengebrauch nicht leisten konnten. Sie waren also aus wirtschaftlichen Gründen auf auswärtige Studenten angewiesen und mußten ihre Hochschulen deshalb mit einer gewissen Attraktivität für die junge Intelligenz ausstatten.

So ist es kein Zufall, daß die Urburschenschaft als erste politisch akzentuierte Studentenorganisation in *Jena* entstand, das zu dem Gebiet des Großherzogs *Carl August von Sachsen-Weimar-Eisenach* gehörte. Der Großherzog und sein Freund und Minister *Johann Wolfgang von Goethe* hatten ihrem Land als erstem und einzigem deutschen Staat eine Verfassung gegeben. Die freiheitlichen Tendenzen der Verfassung und die im

4) Zit. nach: Kieser, a.a.O., S. 118 ff.

Vergleich zu den übrigen deutschen Staaten liberale Staatsführung im Großherzogtum zogen die Elite der deutschen Gelehrsamkeit nach Jena. An ihr wirkten *Schiller*, *Fichte*, *Schelling* und *Hegel*. Trotz der großen Armut der Hochschule, die ihren Professoren nur kümmerliche Gehälter zahlen konnte, waren sie ebenso wie ihre Studenten zufrieden. Denn in Jena konnte man billig leben, eine Möglichkeit, die vor allem arme Studenten dorthin zog. Auf Grund der gewissen Freizügigkeit und Freigeistigkeit an der Jenaer Hochschule ist es nicht verwunderlich, daß von dort die Initiative zum Wartburgfest ausging und *Carl August* das Studententreffen unter seine Schirmherrschaft nahm.

Neben der politischen Verantwortung von Hochschule und Studentenschaft waren sich die auf der Wartburg versammelten Studenten in der Frontstellung gegen die kirchlichen und fürstenstaatlichen Machthaber einig⁵⁾. Es gelang jedoch nicht, über die politische und staatliche Zukunft Deutschlands gemeinsame Vorstellungen zu entwickeln, die über die Überzeugung hinausgingen, daß es so wie bisher nicht weitergehen könne. Auf dem Wartburgfest gab es drei Strömungen, die sich nicht auf einen Nenner bringen ließen.

Die größte Aufmerksamkeit in der Geschichtsschreibung des Studententreffens genießt zweifellos der sogenannte „großpreußische“ Flügel, der sich um seinen lautstarken Mentor *Ludwig Jahn* gruppiert hatte. Der Turnvater entdeckte den Sport als vormilitärische Ausbildung und zielte in der politischen Tendenz seiner Turnerbewegung auf die Entwicklung eines preußischen Patriotismus. Aus der berechtigten Opposition gegen die napoleonische Fremdherrschaft verstieg er sich jedoch bald in einen rigorosen Chauvinismus gegen alles „Welsche“. Seine Deutschtümelei vermischte sich mit einem dümmlichen Antisemitismus, eine ideologische Mischung, die in unserem Jahrhundert ihre Triumphe feiern konnte. Aus der Bewegung um *Ludwig Jahn* kam auch jene Studentengruppe, die im Anschluß an das Wartburgfest ein Freudenfeuer auf dem der Wartburg gegenüberliegenden Wartenberg veranstaltete und in ihm eine ganze Reihe von Büchern verbrannte, die den „undeutschen Geist“ symbolisieren sollten.

Die zweite Gruppierung auf dem Wartburgfest, die sogenannten „Gießener Schwarzen“, trug ausgeprägte radikal-demokratische Züge und hatte wesentlich konkretere Vorstellungen über die Zukunft Deutschlands. Sie organisierte sich in einem „christlich-deutschen“ Bund, der dem Prinzip des demokratischen Zentralismus entsprechend streng hierarchisch aufgebaut war, und bekannte sich zur gewaltsamen politischen Aktion. Ihre politischen Führer waren die beiden Brüder *Folien*, von denen der Theologiestudent *Karl Folien* schon in einem auf dem Wartburgfest verteilten Flugblatt die Ausrufung einer deutschen Republik verlangte. Anstelle der Erbfürsten sollten gewählte Politiker gesetzt werden, die den Titel „Fürsten“ tragen sollten. Die „Fürsten“ sollten ein Staatsoberhaupt wählen, die Einheitsschule und die „Einheitskleidung“ für alle Deutschen einführen. Aus dieser Gruppierung kam *Karl Sand*, der mit seinem erfolgreichen Attentat auf den russischen Hofrat *Kotzebue* die berüchtigten „Karlsbader Beschlüsse“ auslöste, durch die die studentische Opposition in die Illegalität verbannt wurde.

Von diesen auf Betreiben Metternichs zustande gekommenen Beschlüssen her wird die Geschichte des Wartburgfestes häufig genug entweder unter den Vorzeichen der nationalistischen Gruppe um *Jahn* oder aus „fortschrittlicher“ Sicht mit dem Schwergewicht auf der linksradikalen Gruppe um *Folien* geschrieben. Darüber gerät ein dritter Flügel der studentischen Opposition in Vergessenheit, der, aus Westdeutschland, vor allem aus Heidelberg, kommend, die Entwicklung demokratisch-liberaler Ideen anstrebte⁶⁾. Ihr Sprecher war der Koblenzer Jurist *Carove*, der in seinem Ideengut *Joseph Görres* und dem *Rheinischen Merkur* verwandt war. Er strebte an, die Studenten zum Aggregat

5) Vgl.: Friedrich Weigend-Abendroth, Der Protest auf der Burg, *Etho der Zeit* 43/1967, S. 11.

6) a.a.O.

einer westeuropäischen Fortschrittsbewegung zu machen, deren Sieg durch die feudale Restauration nicht behindert werden dürfe. Diese Gruppe stand in einem schroffen Gegensatz zu den nationalistischen Gefolgsleuten Jahns und versuchte Frankreich zu rehabilitieren. Auf der Wartburg sagte *Carove*: „Von dort, von wo uns das Schlimmste gekommen, von Frankreich her, kam auch der Anstoß zur Erweckung und Verjüngung. Die Revolution brach hervor, und aus dem gärenden Schutt des zertrümmerten Reiches stieg ein Geist auf, der zwar in Frankreich wieder verloschen scheint, weil das Volk seiner nicht mächtig war, der sich aber — neu belebend — wie ein Frühlingshauch über Deutschland ergoß. Er war es, der die Ideen von bürgerlicher Freiheit und Vorurteilsfreiheit erweckte und die Anerkennung der wahren Menschenwürde forderte⁷⁾.“

Allen drei Strömungen auf dem Wartburgfest fehlte das Gespür für die harte politische Tagesarbeit, ohne die ihre Vorstellungen nicht realisiert werden konnten. Dennoch ist auf der Wartburg Geschichte gemacht worden. Die deutschen Studenten begriffen ihre Verantwortlichkeit für ihr Gemeinwesen und schufen ein erstes, bald aber wieder zerstörtes Bewußtsein für die Notwendigkeit einer Erneuerung Deutschlands unter nationalen und rechtsstaatlichen Vorzeichen.

III

150 Jahre nach dem ersten Wartburgtreffen zogen 20 000 junge Leute auf die Wartburg. Die Blauhemden der FDJ beherrschten die Szene. Die Festrede hatte das SED-Polit-Büro-Mitglied Professor *Kurt Hager* übernommen. Er zelebrierte Spaltung und annektierte die Traditionen des Wartburgfestes: „Einzig und allein die Arbeiterklasse vermag zu realisieren, was progressive Studenten 1817 und andere demokratische Kräfte späterer Zeiten ersehnten: Einzig und allein dort, wo die Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei im Bündnis mit allen anderen Werktätigen die Machtfrage zu ihren Gunsten entschieden hat, können Friede und Freiheit für das Volk garantiert werden⁸⁾.“

Die Hoffnungen der westdeutschen Studentenverbände, nach 150 Jahren ein weiteres gesamtdeutsches Studententreffen auf der Burg zu veranstalten, mußten scheitern, da die Wartburg in jenem Teil Deutschlands liegt, dessen politische Führer stolz von sich behaupten, die legitimen Erben der „progressiven, guten Traditionen der deutschen Geschichte“ (Dr. *Erich Correns*) zu sein. Die FDJ glaubte, „das unverschämte Ansinnen“ westdeutscher Studentenverbände zurückweisen zu müssen, eine gemeinsame Gedenkfeier zu veranstalten. Bei den der Wartburg-Tradition unwürdigen Studentenverbänden handelte es sich um die Deutsche Burschenschaft, die Nachfolgerin der Urburschenschaft, und um den Verband Deutscher Studentenschaften, die Bundesvertretung der Studenten in der Bundesrepublik und Westberlin. Begründet wird die Absage mit den imperialistischen, revanchistischen, antikommunistischen und militaristischen Ambitionen der westdeutschen Studentenverbände, die dem Erbe des Wartburgfestes Hohn sprächen. Die von der FDJ herausgegebene Studentenzeitung *Forum* führte aus, daß die Kommilitonen in Westdeutschland, „offensichtlich ermutigt durch die gegenwärtige Politik des *Wehner*-Ministeriums, . . . Möglichkeiten anvisieren, um auf der Wartburg — also auf dem Territorium der DDR — die *Kiesinger/Strauß*-Politik zu propagieren und sich durch einen bescheidenen Beitrag zur Durchlöcherung unseres Sieges vom 13. August 1961 interessant zu machen⁹⁾.“ Ein gemeinsames Wartburgfest mit den Apologeten des westdeutschen Imperialismus müsse deshalb Fiktion bleiben.

7) Zit. nach: Friedrich Weigend-Abendroth, a.a.O., S. 13.

8) Neues Deutschland, 15. Oktober 1967.

9) Forum, 11/1967.

Diese Bemerkung aus der Feder des Leiters der Abteilung Studenten im Zentralrat der FDJ, *Günther Schneider*, ist symptomatisch für den Versuch der Regenten in Mitteldeutschland, die Gedenkfeiern auf der Wartburg zu einer Manifestation der Regimetreue werden zu lassen. Der FDJ-Funktionär beteuert: „Es ist unwiderruflich: Die Jugend verbindet alles mit unserem sozialistischen Vaterland, der DDR, und nichts mit dem imperialistischen Herrschaftssystem in Westdeutschland“. Das hinderte die FDJ nicht daran, drei politische Studentenverbände aus der Bundesrepublik, den Liberalen Studentenbund Deutschlands (LSD), den Sozialdemokratischen Hochschulverband (SHB) und den Sozialistischen Studentenbund (SDS), einzuladen, einige offizielle Vertreter nach Eisenach zu entsenden. Die westdeutschen Studentenvertreter sollten durch die Einladung als Avantgarde der Opposition in der Bundesrepublik gewürdigt werden.

IV

Von den früheren Wartburgfeiern hörte man andere Töne. Selbst noch nach dem 17. Juni 1953 wurde die Wartburg als „Symbol der Unzerstörbarkeit der deutschen Nation, als Mahnerin für Deutschlands Einheit und Unabhängigkeit“¹⁰⁾ gefeiert. Heute wird die Wartburg von der SED und ihren Gefolgsorganisationen nicht mehr als Symbol der deutschen Einheit gefeiert, sondern als „Symbol der politisch-geistigen Auseinandersetzung“. Diese Umdeutung wird mit dem Hinweis begründet, daß „der nationalistische Mißbrauch des Erbes der Wartburg . . . heute mit der Alleinvertretungsanmaßung der herrschenden Kreise in der Bundesrepublik fortgesetzt“ werde. Die großen fortschrittlichen Traditionen der deutschen Geschichte, die von der Wartburg ihren Ausgang nahmen, „werden heute im Kampf gegen jegliche Tyrannei und der Besinnung auf die Kraft des Volkes“ gesehen. Gleichzeitig muß sich die in der Studentenschaft von 1817 verkörperte bürgerliche Opposition dennoch den Vorwurf gefallen lassen, die gesellschaftlichen Zusammenhänge nicht begriffen zu haben. Es fehlte ihr „ein klares Klassenbewußtsein“. Aus diesem Grunde hätten erst in „unserem sozialistischen Staat Fortschritt und Humanismus die aus dem Volke kommenden Ideen, die auch auf der Wartburg verkündet worden sind, durch die Kraft unserer Menschen verwirklicht“ werden können¹¹⁾.

Diese Überlegungen waren die theoretische Grundlage für die Anstrengung der SED, die Wartburgfeiern zum Propagandaforum ihrer aktuellen Deutschlandpolitik zu machen. Der Vorsitzende des Initiativkomitees zur Vorbereitung der Wartburgfeiern, Professor *Günter Drehfahl*, Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena, konnte es so als Anliegen des Initiativkomitees bezeichnen, die Gedenkveranstaltungen zu einer „entschiedenen Absage an die Bonner Politik, insbesondere an ihre Alleinvertretungsanmaßung und ihre expansiven Ziele, zu gestalten“¹²⁾.

Das Wartburgfest von 1817 wird in sozialistische Erbpacht genommen, von der nationalen Tradition soll nur dann gesprochen werden, wenn die sozialistischen Prämissen erfüllt sind. Eine dieser Prämissen ist beispielsweise die Reform der Verfassung. Die SED ist einfältig genug, zu behaupten, in der DDR seien die Reformvorstellungen von 1817 vollendet: „Mit Stimme und Sitz, mit Herz und Verstand regieren die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik ihren Staat. Student und Gelehrter, Bürgermeister und Näherin, Bäuerin und Bergmann, der Tischler und der Maurer — sie alle regieren diese Republik. Hier übt das Volk die Macht aus und vollbrachte durch zwei Revolutionen die größte Leistung in der Geschichte Deutschlands und beweist täglich, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört“¹³⁾.

10) J. Streisand, *Die Wartburg*, Berlin (Ost) 1954, S. 40.

11) Erich Correns, *Außenpolitische Korrespondenz* 26/1967, S. 205.

12) *Neues Deutschland*, 3. März 1967.

13) a.a.O.

WOLFGANG BERGSDORF

Unter Selbstregierung und Freiheit verstanden die Studenten von 1817 freilich etwas anderes. In den Beschlüssen des Wartburgfestes heißt es: „Der Mensch ist nur frei, wenn er auch die Mittel hat, sich selbst nach eigenen Zwecken zu bestimmen. Der Wille des Fürsten ist nicht das Gesetz des Volkes, sondern das Gesetz des Volkes soll der Wille des Fürsten sein. Das Recht, in freier Rede seine Meinung über öffentliche Angelegenheiten zu äußern, ist für jeden Deutschen unveräußerlich¹⁴⁾.“

14) Zit. nach: Das Parlament 40/1967, S. 7.